

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 866 im Vereinsregister Zwickau, Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga.
(<http://www.grueneliga.de/gesteinsabbau> - Gesteinsabbau im Internet)



Steinbeisser 1/2000

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Redaktion: Ulrich Wieland, Prof. Virchowstr. 8, 08280 Aue, Tel. 0371-832 172, e-mail: gl.gesteinsabbau@LINK-L.CL.SUB.DE **Aue, 17.1.00**
Kto-Nr.: 3850516325 Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg BLZ: 870 560 00 außerdem Spendenkonto (nur hier Spendenquittungen):
Kto-Nr.2224000181 Sparkasse Zwickau BLZ 87055000 (nur mit vollständ. Adresse u. Vermerk: Spende Netzwerk 3.99999.11111

Liebe Freunde und Mitglieder



Es macht mir immer wieder Mut, dass unser Netzwerk von so vielen Menschen aktiv unterstützt wird. Ob das die überwältigende Reaktion auf meine Bitte um finanzielle Unterstützung unserer Arbeit ist (dafür möchte ich mich bei allen Übersendern ganz herzlich bedanken - es kamen über 1500.- DM zusammen) oder ob es die aktive Mitarbeit Ihrer Bürgerinitiativen vor Ort sind (hierzu lesen Sie z.B. den Artikel über unser Gründungsmitglied Frau Dr. Otto): Es macht mir einfach Mut, dass wir gemeinsam der Verzweiflung und Resignation etwas entgegenzusetzen haben. Vielleicht können wir wirklich nicht hoffen, in jedem Falle den Steinbruch vor unserer Haustür zu verhindern. Aber wir sollen ihm dennoch entgentreten, um damit den "Gold"gräbern zu zeigen: **Es ist ein Widerstand in unserer Gesellschaft.** Ich stelle immer wieder fest, daß die Krankheit "Mutlosigkeit" sich über die Wende gerettet hat: hatten wir früher Angst vor der Stasi, so ist es jetzt der Arbeitsplatzverlust oder die Mafia oder andere Bedrohungen durch Menschen oder Umweltverschmutzung oder eben durch Löcher in der Erde. Doch war es nicht auch vor zehn Jahren der Glaube an die kleinen Schritte, der einen gewaltigen Dammbbruch lostrat? Ist nicht damals wie heute am ehestens Zivilcourage nötig, um gewaltlos aber konsequent für Leute einzutreten, die sich nicht mehr selbst wehren können?
Ich wünsche Ihnen für das neue Jahr, daß Sie in der gemeinsamen Arbeit frische Kraft schöpfen, für unsere Kinder eine lebenswerte Landschaft zu bewahren.

Ihr Ulrich Wieland

Inhalt:

1. "Alle 2 Minuten ein 40-Tonner in Clausnitz" S.2
2. Überladung von Transportfahrzeugen S.4
3. Abbaugenehmigungen erschwert S.4
4. Kies und Sand in Lunzenau S.6
5. Unterrichtsmaterial Kies und Sand S.6

Termine :

1. **Freitag, den 21. Januar 2000: 19.00 Uhr**
Mitgliederversammlung in Zwickau, ---
Achtung: Neue Adresse (ca. 200 m von der
Nikolaistr. 19 entfernt): Alter Steinweg 12,
Tel. 0375-292105 (Büro Bündnis 90/Grüne)

1. Alle zwei Minuten wird ein 40-Tonner die Straße entlangdonnern

Claußnitzer Verein will Kiesabbau in Region zwischen Burgstädt und Königshain in vernünftigen Grenzen halten
Von Heike Hubricht, Freie Presse vom 12.11.99

CLAUSSNITZ. Quietschen, Rumpeln, Dröhnen. Bremsen, Kuppeln, Gasgeben. Quietschen, Rumpeln, Dröhnen ... "Morgens 4.30 Uhr stehe ich im Bett", schimpft Helga Otto. "Dabei haben wir unser Schlafzimmer schon auf die andere Seite verlegt." Denn auf der Straße vor ihrem Haus, der B 107, brettern ab frühmorgens die Lkw entlang. Vom Steinbruch Markersdorf und den Sandgruben Penna und Rochlitz in Richtung Chemnitz. "Und das ist erst der Anfang", weiß die Vorsitzende des Vereins für verantwortungsvolle Nutzung des Lebensraumes Claußnitz und Umgebung. Denn das Raumordnungsverfahren für die Erschließung der Kiessandlagerstätte Königshain - Altmittweida - Claußnitz läuft. Auf drei Feldern, die insgesamt über 150 Hektar einnehmen, soll Sand abgebaut werden. Antragsteller sind die Sandwerke Biesern. "Die geplante Jahresabbauleistung liegt bei 600.000 Tonnen im Jahr", erklärt Helga Otto. Sie hat ausgerechnet: Wenn das eintritt, würde auf der Dorfstraße alle zwei Minuten ein 40-Tonner entlangdonnern. Schon jetzt klagen mehrere ihrer Patienten über Nervosität und Schlafstörungen durch die Lärmbelästigung, berichtet die Ärztin.

Oberbergamt Freiberg: Neun Bergbauberechtigungen

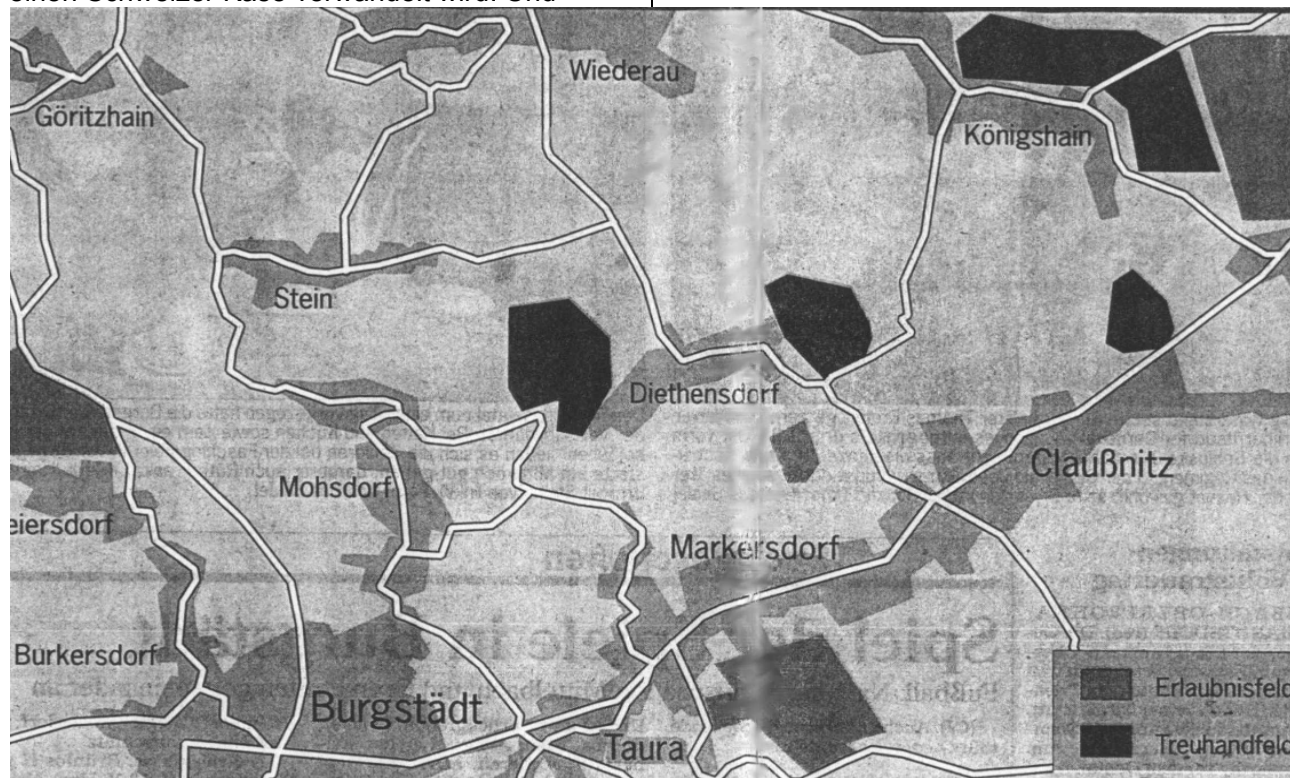
Seit fünf Jahren kämpfen Dr. Helga Otto und ihre 26 Mitstreiter darum, dass die Landschaft zwischen Burgstädt und Königshain nicht in einen Schweizer Käse verwandelt wird. Und

diese Befürchtung kommt nicht von ungefähr. Nach Angaben des Sächsischen Oberbergamtes Freiberg bestehen in diesem Gebiet neun Bergbauberechtigungen: Bei vier Erlaubnisfeldern habe das Oberbergamt die Bewilligung erteilt, für fünf Treuhandfelder (darunter auch das aus zwei Einzelfeldern bestehende Gebiet westlich von Diethensdorf) würden "alte Rechte" aus der DDR-Zeit gelten (siehe Karte). Bisher habe das Oberbergamt in der Region zwischen Burgstädt und Königshain zwölf Anträge abgelehnt. Ein weiterer sei vom Antragsteller zurückgezogen worden sowie eine Bewilligung durch Fristablauf erloschen. "Neue Anträge wurden beim Oberbergamt nicht eingereicht und sind auch nicht in der Bearbeitung", so Bergdirektor Clemens Hagen. Zur Zeit läuft das bergrechtliche Planfeststellungsverfahren für das Vorhaben Festgesteinstagebau Mühlau der Firma Werner Vieweg Mühlau Transporte und Kiesgruben. Das Planfeststellungsverfahren für das Vorhaben Kiessandtagebau Königshain/Claußnitz/Altmittweida der Sandwerke Biesern GmbH werde vorbereitet, erklärt das Oberbergamt.

Planfeststellungsverfahren wäre in drei bis fünf Jahren beendet

Falls das bergbaurechtliche Planfeststellungsverfahren positiv ende, dauere es noch ungefähr drei bis fünf Jahre vom Beginn des Raumordnungsverfahrens bis zum Ende des Planfeststellungsverfahrens.

In der Claußnitzer Umgebung wird auf Diethensdorfer Flur und im Amselgrund südlich von Diethensdorf bereits abgebaut. Zudem gibt es eine Sandgrube in Röllingshain.



Der in der Grünen Liga organisierte Verein sperrt sich nicht prinzipiell gegen den Kiesabbau, betont Helga Otto. Anliegen sei es vielmehr, dass alles in gewissen Grenzen abläuft. Und genau daran hapert es ihrer Meinung nach bei den drei geplanten Feldern um Königshain (siehe Beitrag: Pro und Kontra...). Abbaufeld und Abfrachtmengen sollten deutlich reduziert werden, fordert die Grüne Liga. "Die Rohstoffe sollten lediglich zur Deckung des regionalen Bedarfes auf lange Sicht verwendet werden. So könnte man unsinnige Transporte vermeiden." Dass die Kunden der Sandwerke Biesern GmbH im Chemnitzer Raum und im Erzgebirge angesiedelt sind, betont Heidi Kutzke, Prokuristin des Unternehmens.

"Die Flächen sind wohlkündet, es gibt abbauwürdige Sande und Kiese", sagt sie. Ihr Betrieb, den die Heidelberger Zement AG 1992 als Tochterunternehmen übernahm, habe sich entschlossen, die Felder nach und nach abzubauen.

Ein Kampf gegen Windmühlen?

Vier dicke Aktenordner mit Schriftwechsel zum Kiesabbau liegen vor Helga Otto. Ein Kampf gegen Windmühlen? "Nein", widerspricht die engagierte 61-jährige Claußnitzerin. Und sie verweist auf die Erfolge der Bürgerinitiative. Im Dezember 1993 besuchte der damalige Vizepräsident des Oberbergamtes Freiberg, Heinz Wilke, die Region. "Er hat sich hier alles angeguckt und ist mit uns eine Runde gefahren. Am Ende hat er gesagt: 'Wenn alles genehmigt werden würde, hätten wir ja alle vier Kilometer eine neue Grube. Daraufhin hat er einige Anträge abgelehnt; unter anderem auch Röllingshain Süd', erinnert sich Helga Otto. Und: Sie konnten die Brunnenschlucht im Chemnitztal bewahren. Ein weiterer kleiner Sieg der Bürgerinitiative: Eigentlich sollte der gesamte Amselgrund bei Markersdorf den Baggern zum Opfer fallen. Doch den engagierten Leuten gelang es, große Teile des Landschaftsschutzgebietes zu retten. "Aber inzwischen kauft der Betrieb bei den Bauern von Diethensdorf schon wieder Flächen auf. Das macht uns stutzig", so Helga Otto.

Gemeinde fordert bessere Straßen

In seinem Kampf steht der Claußnitzer Verein nicht allein da. Gegen den geplanten Abbau bei Königshain haben sich auch in Altmittweida und Königshain zwei Bürgerinitiativen formiert. 300 Unterschriften gegen die Kies-Pläne wurden gesammelt, sagt Viola Mirtschin aus Altmittweida. Und auch die Gemeinden setzen sich ein. "Schon jetzt ist die Belastung der Bevölkerung durch Lärm und Erschütterungen enorm", urteilt der Claußnitzer Bürgermeister Günter Hermsdorf. Ihm und seinem Gemeinderat

bereitet vor allem der Abtransport mit Schwerlastverkehr Kopfzerbrechen. "Denn die B 107 vom Abzweig Dorfstraße in Markersdorf bis zur Claußnitzer Kirche und im Bereich der Kolonie sowie die S 241 bis zum Ortsausgang in Richtung Altmittweida sind in einem katastrophalen Zustand." Hier müsse eine Lösung gefunden werden. Und das Straßenbauamt Chemnitz habe dies auch zugesichert. Der eigentliche Abbau in der Nähe von Claußnitz sei ja noch weit entfernt, erst in frühesten 25 Jahren sei damit zu rechnen. "Im Westen würden sich die betroffenen Bürger in so einem Fall auf die Straße setzen", so Helga Otto. Schon jetzt leiden Einwohner unter den Belastungen durch den Verkehr. Ein junges Ehepaar mit Sohn hat bereits sein Haus verkauft und ist weggezogen. "Unsere Großmutter hat den Lärm nicht mehr ausgehalten", erzählt die frühere Claußnitzerin (Name der Redaktion bekannt). Die Familie flüchtete nach Stein. - Doch auch dort ist ein Kiesabbau geplant.

Pro und Kontra zur geplanten Kiesgrube

Verein und Sandwerke mit verschiedenen Standpunkten

Eine ganze Latte von Kritikpunkten listet der Verein für verantwortungsvolle Nutzung des Lebensraums Claußnitz und Umgebung an den drei geplanten Bergwerksfeldern bei Königshain auf. Und Heidi Kutzke, Leiterin Bergverwaltung und Prokuristin der Sandwerke Biesern GmbH, hat meist eine andere Meinung.

Die Dimension. Bei einer Gesamtfläche von 150 Hektar werden "die Weichen für eine ganze Generation gestellt", bemängelt der Verein. Zudem werde von einem Zeitraum von mindestens 35 Jahren ausgegangen. - "Zumindest ein Sperrvermerk wäre nötig, damit in vernünftigen Zeitabschnitten neu verhandelt wird", so Ver-einschefin Otto. "2025 werden voraussichtlich nur noch 30 Prozent der jetzigen Sand- und Kiesmenge benötigt. Warum wird trotzdem von einer gleichbleibenden Fördermenge von 600.000 Tonnen im Jahr ausgegangen?" - "So sehen wir das nicht. Klar ist der Bauboom aus der Nachwendzeit abgeebbt", sagt Sandwerke-Prokuristin Kutzke. "Die Bauindustrie wird sich auf ein normales Maß einpegeln. Aber das klärt sich von ganz allein." Beliefert würden Trockenmörtelwerke im Chemnitzer Raum und Transportbetonwerke im Erzgebirge. Gegenwärtig produziere der Betrieb 700.000 bis 800.000 Tonnen im Jahr.

Landwirtschaft als Leidtragende. Durch den großflächigen Bergbau wird der Landwirtschaft der Boden entzogen. "Dabei liegt im Claußnitzer Raum die Bodenwertzahl bei über 50, es handelt sich also um Vorbehaltsgebiete für landwirtschaftliche Produktion", sagt die Vereinschefin. Betroffen seien vor allem Nebenerwerbslandwirte, eine Gärtnerei, aber auch Agrargroßbetriebe. "Und die sind Hauptarbeitgeber in der landwirtschaftlich geprägten Region", so Helga Otto. Das Argument, daß durch den Bergbau Arbeitsplätze geschaffen werden, ziehe also

hier nicht. Das sieht Sandwerke-Prokuristin Kutzke anders: "Wir beschäftigen 42 Mitarbeiter und brauchen die Gruben, weil die Rohstofflagerstätte, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg bei Penig betreiben, irgendwann ausgekieset ist."

Zu dicht am Ort. In Königshain würde das Bergwerksfeld bis auf 100 Meter an den Ort hinanrutschen. Durch Dauerlärm, zusätzlichen Verkehr, Staub würde die Lebensqualität beeinträchtigt. Deshalb fordert der Verein, den Abstand des Abaufeldes zum Ort auf mindestens 300 Meter zu vergrößern. Helga Otto verweist auf das nordrhein-westfälische Abtragungsgesetz, das einen Abstand von 300 Metern zum bebauten Gelände vorschreibt. Und in Thüringen sei ein 200-Meter-Abstand üblich. Die Sandwerke-Prokuristin beschwichtigt: "Das ist doch erst die Grobplanung. Und das Königshainer Feld ist nun einmal - geologisch gesehen - die Perle. Da müssen wir als Unternehmen einfach das Maximum einplanen." Man habe sich schon auf knapp die Hälfte der Fläche beschränkt, weil beispielsweise Waldgebiete ausgeklammert wurden. Zum Lärm sagt sie: "Ein Laster auf der Straße ist lauter als ein in einer Tiefe von 15 Metern arbeitender Radlader."

Verkehrsbelastung. "Alles konzentriert sich auf der B 107", meint Otto: "Hinter der Kolonie in Markersdorf ist ja auch noch ein Bergwerk geplant." Und wenn die Autobahnauffahrt Glösa fertig sei, gehe alles in diese Richtung. Wegen der großen Abfrachtmenge von 29 Millionen Tonnen drängt ihr Verein auf eine Studie zum Transport der Schüttgüter über die Eisenbahn vom Güterbahnhof Altmittweida. Dazu die Sandwerke-Prokuristin: "Wir bemühen uns, unsere Transporte auf der Schienen abzuwickeln. Aber wir kämpfen da schon seit Jahren gegen Windmühlen. Und während wir früher fast eine Million Tonnen im Jahr auf der Schiene befördert haben, beliefern wir jetzt nur noch einen einzigen Kunden in Chemnitz mit der Bahn. Das sind 10.000 Tonnen Kies." Ihr Betrieb würde lieber Eisenbahnwaggons beladen, dies setze allerdings günstigere Konditionen seitens der Bahn und Einverständnis bei den Kunden voraus. Und: Man könne die Verkehrsströme nicht einfach addieren. "Wir fahren auch jetzt schon von Sermut über die B 107 nach Chemnitz und ins Erzgebirge."

Beeinträchtigung des Trinkwassers. Im Raumordnungsverfahren wird von einer mäßigen bis mittleren Beeinträchtigung des Trinkwassers ausgegangen. "Das könnte bei Reduzierung des Vorhabens deutlich vermindert werden", unterstreicht die Vereinschefin. Ferner bestehe die Gefahr, dass die Ortschaften Claußnitz und Königshain vernässen. Die Sandwerke-Prokuristin weist auf die von dem Betrieb in Auftrag gegebenen Gutachten hin: "Ergebnis: Kein Brunnen wird versiegen."

Betriebszeiten. "Der Zeitraum von 6 bis 22 Uhr sollte keinesfalls überschritten werden", meinen die Vereinsmitglieder. Sie wissen: Bei einer beabsichtigten Betriebszeit von 5.30 bis 22.30 Uhr laufen die Transporte mindestens noch 30 Minuten lang weiter auf den langen Ortsdurchfahrten. - "Die Zeiten werden doch erst im Hauptbetriebsplan richtig festgelegt", so Heidi Kutzke und versichert: "Wir halten uns auch an die Regeln."

Ablagern von Fremdmaterial. Die Grüne Liga lehnt das Ablagern von Fremdmaterial ab. Auf Grund einschlägiger Erfahrungen könne nicht garantiert werden, dass nur nichtkontaminiertes Material abgelagert wird. "Bis zu fünf Prozent Fremdanteil können rein", weiß Ulrich Wieland vom Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau, dem der Claußnitzer Verein angehört. "Das öffnet der illegalen Müllentsorgung Tür und Tor." - "Das ist Quatsch", entgegnet Sandwerke-Prokuristin Kutzke. Klar gebe es überall schwarze Schafe, "aber wir halten uns an die Vorschriften."

Zukunft des ausgekieseten Geländes. "Auf welchem Geländeneiveau soll das Feld Altmittweida nach der Auskiesung hinterlassen werden?", fragt der Verein. "Und wozu ist das Land dann noch von Nutzen?" - Ihr Unternehmen versuche, die Wünsche der Gemeinden aufzugreifen, sagt die Prokuristin. So wollen Königshain einen Badensee und Claußnitz einen Natursee. Der Rest solle verfüllt werden. "Die Agrokrume ist zwar erst mal nicht da, aber später soll es wieder landwirtschaftliche Nutzfläche werden."

2. Neues aus "Steinbruch und Sandgrube

Überladung von Transportfahrzeugen

Der Bundesrechnungshof hat stichprobenweise und länderübergreifend die Überwachung des Baues von Bundesfernstraßen geprüft. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, daß Lkw beispielsweise bei Mischguttransporten erheblich mehr als 10 % überladen sind. Die Landesämter für Straßenbau wurden angewiesen, entsprechende Maßnahmen zu treffen. (aus: SuSa Schnellbrief Nr. 12 v. 1.12.99)

"Abbaugenehmigung - eine unendliche Geschichte"

(LESERMEINUNG von Wilhelm Geiger GmbH & Co.KG, Oberstdorf), gefunden in: SUSA 9/99 Angeregt durch Ihre Fragen auf den Artikel "Abbaugenehmigung - eine unendliche Geschichte" möchten wir hiermit über unsere Erfahrungen mit den Behörden berichten. Die Firma Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf, ist ein mittelständisches Unternehmen, das sich in seiner 75jährigen Firmengeschichte von einem Holzhandels- und Fuhrunternehmen zu einem Unternehmen entwickelt hat, das derzeit mit den Beteiligungen ca. 1200 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Firma Geiger betreibt Kiesgruben sowohl im Allgäu als auch in Thüringen. Weiterhin baut die Firma Geiger Festgestein in Bayern und in Sachsen ab.

Auch die Firma Geiger hat gleiche Probleme in den Genehmigungsverfahren zu bewältigen, wie sie im Artikel Ihrer Zeitschrift vom September 99 auf Seite 18 abgedruckt waren. Dabei hängt die

Frage, ob eine Genehmigung erteilt wird, zunehmend davon ab, ob wir uns - über die Ausgleichsforderung des Gesetzes hinaus - den Wünschen des Naturschutzes nach zusätzlichen Ausgleichs- und Ersatzflächen unterwerfen oder nicht.

Daß eine jährlich mehrfach begüllte Weidefläche so wieder hergestellt werden kann, daß sie gemäß Bundesnaturschutzgesetz § 8 und Bayerischem Naturschutzgesetz Artikel 6a nach dem Eingriff vollständig "ausgeglichen" ist, ohne daß dafür zusätzliche Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen gefordert werden dürfen, wurde uns schon einmal verwaltungsgerichtlich bestätigt (Az. Au 4 K 87 A.2191 vom 1.2.89). Der beamtete Naturschutz in Bayern sieht das aber meist anders.

Im Rahmen der Genehmigungsverfahren stecken wir hinsichtlich der Naturschutzforderungen in der Zwickmühle. Es kann sich meist kein Unternehmen den zeitlichen Luxus leisten, gegen die im Bescheid festgelegten Naturschutzaufgaben zu prozessieren. Heutzutage wird sogar von den zuständigen Landratsämtern gefordert, der Naturschutzaufgabe vor Erteilung des Bescheides schriftlich zuzustimmen. Es fehlt in Bayern eine Regel für die Quantifizierung des Begriffes "Ausgleich". Einen unserer Meinung nach brauchbaren Ansatz für die Quantifizierung haben die Länder Hessen und Sachsen unternommen. In diesen Ländern wurde versucht, in Richtlinien festzulegen, den ökologischen Wert der Flächen vor Abbaubeginn zu quantifizieren und der geplanten späteren Rekultivierung gegenüberzustellen. Für die einzelnen Naturelemente gibt es Punktzahlen, die mit der entsprechenden Eingriffsfläche multipliziert werden. Aus der Gegenüberstellung der Wertigkeit vor dem Eingriff mit der Wertigkeit nach dem Eingriff ergibt sich, ob und wieviel Fläche als Ausgleichs- bzw. Ersatzfläche zur Verfügung gestellt werden muß. Es ist dringend erforderlich, daß die Erfahrungen, die mit diesen Systemen gesammelt wurden, bundesweit ausgewertet werden.

Für den Umgang mit Abbauegnern, insbesondere mit Bürgerinitiativen, gibt es natürlich kein Pauschalrezept. Als nützlich hat sich in manchen Fällen immer wieder herausgestellt, den direkten Kontakt zwischen der Abbaufirma und der Bürgerinitiative herzustellen. Wenn die Abbauegner allerdings an einer sachlichen Diskussion der Probleme nicht teilhaben wollen, gibt es keine Chance für einen gemeinsamen Weg.

Während Bürgerinitiativen rein emotional sich für oder gegen ein Projekt stellen können, haben die zuständigen Behörden die Pflicht, den gestellten Antrag auf seine Gesetzeskonformität hin zu

prüfen. Wenn von Seiten der Gesetze die geforderten Grenzwerte eingehalten werden, so besteht in den meisten Fällen auch ein Rechtsanspruch auf die Erteilung der Genehmigung.

Im allgemeinen haben wir gute Erfahrungen mit den Behörden gesammelt. Es gab immer wieder strittige Punkte, die jedoch durch Gespräche oder Vorlage von Gutachten gelöst wurden. Am schwierigsten ist jedoch die Konsensfindung mit der behördlichen Naturschutzseite, wenn diese die Anwendung quantifizierbarer Regeln ablehnt. Hier ist Handlungsbedarf, bei dem selbstverständlich auch die Unterstützung der Industrieverbände notwendig ist.

3. Bundesbodenschutzverordnung **vielfach nicht eindeutig**

(in der SuSa 10/99 gefunden. Vielleicht kann mal jemand von den Lesern des Steinbeißers dazu einen Kommentar schreiben. Den Text der Verordnung finden Sie als Link unter "Gesetze" auf unserer neuen Homepage (s.oben))

Die am 17. Juli 1999 verabschiedete Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) weist in einigen Bereichen Regelungslücken auf. So ist absehbar, daß durch sie weder die in der Vergangenheit bestehende Rechtsunsicherheit bei der bautechnischen Verwertung von verunreinigten Aushubmassen noch der bekannte "Mülltourismus" beseitigt werden dürften. Dieser Sachverhalt wurde auf einer Seminarveranstaltung in Freiburg deutlich. Zu der Veranstaltung mit dem Thema "Verwertung von (verunreinigtem) Erdaushub - rechtliche und praktische Änderungen infolge der neuen Gesetzgebung" kamen auf Einladung der Taberg Planungsbüro GmbH in Freiburg 70 Teilnehmer aus Bauunternehmen, Steine-Erden-Gewinnungsbetrieben, Kommunen und Behörden. Die Referenten von Umweltämtern, Rechtsanwalts- und Planungsbüros erläuterten in ihren Vorträgen, nach welchen Kriterien Aushubmaterial künftig zu bewerten ist und wie die fach- und umweltgerechte Wiederverwertung erfolgen soll.

Die abschließende Diskussion zeigte, daß die neue Verordnung noch an vielen Stellen keine eindeutigen Vorgaben hinsichtlich des Umgangs mit verunreinigtem Erdaushub macht, die jedoch dringend geregelt werden müssen; so in den folgenden Bereichen:

- Schadstoffgrenzwerte für den Einbau von Aushubmassen unterhalb der durchwurzelbaren Bodenschicht (Lärmschutzwälle, Rekultivierungsvorhaben)
- Schnittstelle zu den seit Jahren für die Verwertung von Aushubmassen angewandten, aber in den Bundesländern formal nicht rechtskräftigen technischen Regeln der LAGA.

Ob die BBodSchV die vom Gesetzgeber angestrebte Rechtssicherheit im Sinne einer bundesweiten Vereinheitlichung von Grenzwerten und Verwertungsvorgaben tatsächlich mit sich bringt, muß sich noch zeigen. Man darf also gespannt sein, welche Erfahrungen Bauwirtschaft und Behörden im Umgang mit den neuen Regelungen sammeln werden.

4. Kiesabbau in Lunzenau

Über die Lunzenauer Kiesgruben bekam ich einige Anmerkungen von Klaus Lüpfer (BI Lunzenau):

- Vom Biesig hat man eine "schöne Aussicht" (Taurastein, Schloß Rochsburg, Rochlitzer Berg, Wechselburg, Göhrener Brücke, Dörfer).
- 1986/87 Erkundung (sehr umfangreich). Die Flurstücke des Bergfeldes standen im Eigentum von 6 bäuerlichen Grundeigentümern und der Stadt Lunzenau.
- 1990 erfolgte durch den Einigungsvertrag kenntnisreich und handstreichartig die Enteignung der überwiegend bäuerlichen Grundeigentümer von ihren oberflächennahen Gesteinen, überwiegend zugunsten großer Kies- u. Betonunternehmen. Das ist bekannt.
- 1991: Einweisung der ehemaligen Fa. F. Bergmann Lunzenau. Bis 1996 betreiben Dieter Bergmann und Gerhard Bergmann die Kiessandtagebau GmbH Lunzenau (Halbbrüder).
- 1994: Eröffnung von Grundabtretungsverfahren durch das Oberbergamt Freiberg. 1997 gelöscht nach schrittweisem Verkauf der Flurstücke.
- 1990: heute kennen sich nur wenige Rechtsanwälte in der Materie aus und setzen sich für sparsamen Naturverbrauch nachhaltige Wirtschaft und Erhaltung der Lebensgrundlagen ein (wie z.B. Rechtsanwältin U. Philipp). Etliche RA verdienen (?) viel Geld ohne Aufwand.
- 1996: Übergabe des Bergfeldes (Lagerstättentausch ?) an Martin Bergmann, Bergmann Beton GmbH Langensteinbach OT

Wernsdorf. Wird aber gesondert betrieben als Kiessandtagebau GmbH Lunzenau. Ab 1996 Bauschuttverkipfung.

5. Kies- und Sand- Unterrichtsmaterialien

(UW) Wie bringt man unseren kleinen Kindern bei, wie sie mal zu großen Kiesunternehmern werden? Nun - man beauftrage Frau Diplom-Biologin Eva von Löbbecke-Lauenroth, die sich für das Geld der Fachvereinigung Sand, Kies, Naturstein dazu hergibt, ihren Namen im Namen der Umweltpädagogik unter eine Schülerwerbeschrift der Kiesindustrie zu setzen. Diese empfehle man dann an norddeutschen Schulen in schöner Aufmachung mit vielen bunten Bildern von Tieren. Letztere leben dann einträchtig in neu entstandenen Biotopen die uns - na wer wohl? - na klar: die fleissigen Kiesunternehmer beschert haben. Schließlich ist so 'ne ausgebaggerte Sandgrube geradezu ein Paradies: Zitat:"in ausgebaggerten Abbaugruben sind viele verschiedene Biotope nebeneinander vorhanden: Seen, Tümpel, Steilhänge, Schotterflächen und spärlich bewachsene Sandböden. Gerade diese Biotopvielfalt ist es, die Abbaugruben zu wertvollen Ersatzlebensräumen werden läßt." und so weiter und so weiter. Da drängt sich doch geradezu die Frage auf, weshalb wir unsere häßlichen Neubaugruben nicht längst schon zu wertvollen Abbaugruben gemacht haben - es wäre das Paradies auf Erden. Wer das biologisch wertvolle Unterrichtsmaterial kostenlos anfordern möchte, wende sich an: Fachvereinigung Sand, Kies, Naturstein Eifelstr. 462 20537 Hamburg

Bagger in der Kiesgrube Lunzenau

